

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Schmidt
Tel. 05 61/7 87.12 24
Fax 05 61/7 87.21 82
E-Mail:
Nicole.Schmidt@stadt-kassel.de

Kassel, 06.01.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **48.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen lade ich ein für

**Mittwoch, 13.01.2010, 17.00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Wahl einer bzw. eines Vorsitzenden**
- 2. Übernahme einer Bürgschaft**
Vorlage des Magistrats
Berichtersteller/in: Stadtkämmerer Dr. Barthel
- 101.16.1568 -
- 3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2009; - Liste 12/2009 -**
Vorlage des Magistrats
Berichtersteller/in: Stadtkämmerer Dr. Barthel
- 101.16.1571 -
- 4. Ordnung zur Überlassung schulischer Einrichtungen**
Antrag der FDP-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Oberbrunner
- 101.16.1349 -
- 5. Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Gaß
- 101.16.1364 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport)

6. **Sofortumsetzung des BSG-Urteils zur Pauschalierung der Kosten der Unterkunft und der Heizung**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Boeddinghaus
- 101.16.1398 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport)
7. **Keine Gebühren für Straßenmusik**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Boeddinghaus
- 101.16.1484 -
8. **Senkung der Strompreise**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Behschad
- 101.16.1501 -
9. **Bedingungen Ausbildungsplätze bei JAFKA**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Boeddinghaus
- 101.16.1551 -
10. **Rechtliche Entflechtung („Unbundling“) Städtische Werke AG 2010**
Anfrage der SPD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Geselle
- 101.16.1557 -
11. **Fehlinformationen über unzulängliche Datenbasis für die Unterkunftskosten im Sozialtransfer**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Boeddinghaus
- 101.16.1558 -
12. **Erhöhung der Heizkosten wegen gestiegener Energiepreise**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Boeddinghaus
- 101.16.1561 -
13. **Wertgutachten Städtische Werke vorstellen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Boeddinghaus
- 101.16.1566 -
14. **Untersuchungsgegenstand Gutachten Abfallgebühren**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Norbert Wett
- 101.16.1569 -

Mit freundlichen Grüßen

Gernot Rönz
2. stellvertretender Vorsitzender

**Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen**

documenta-Stadt

Kassel, 19.01.2010

Niederschrift

über die 48. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am Mittwoch, 13.01.2010, 17.00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1. Wahl einer bzw. eines Vorsitzenden
2. Übernahme einer Bürgschaft 101.16.1568
3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 101.16.1571
gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2009; - Liste 12/2009 -
4. Ordnung zur Überlassung schulischer Einrichtungen 101.16.1349
5. Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels 101.16.1364
6. Sofortumsetzung des BSG-Urteils zur Pauschalierung der Kosten 101.16.1398
der Unterkunft und der Heizung
7. Keine Gebühren für Straßenmusik 101.16.1484
8. Senkung der Strompreise 101.16.1501
9. Bedingungen Ausbildungsplätze bei JAFKA 101.16.1551
10. Rechtliche Entflechtung („Unbundling“) Städtische Werke AG 101.16.1557
2010
11. Fehlinformationen über unzulängliche Datenbasis für die 101.16.1558
Unterkunftskosten im Sozialtransfer
12. Erhöhung der Heizkosten wegen gestiegener Energiepreise 101.16.1561
13. Wertgutachten Städtische Werke vorstellen 101.16.1566
14. Untersuchungsgegenstand Gutachten Abfallgebühren 101.16.1569

1. stellvertretender Vorsitzender Lewandowski eröffnet die mit der Einladung vom 06.01.2010 ordnungsgemäß einberufene 48. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

1. stellvertretender Vorsitzender Lewandowski teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt

10. Rechtliche Entflechtung („Unbundling“) Städtische Werke AG 2010

Anfrage der SPD-Fraktion

- 101.16.1557 -

nach Tagesordnungspunkt 1 behandelt wird, da die Anfrage von Herrn Helbig, Vorstandsvorsitzender Städtische Werke AG, direkt beantwortet werden soll. In diesem Zusammenhang wird auf Antrag von Stadtverordneten Dr. Behschad, CDU-Fraktion, Tagesordnungspunkt

8. Senkung der Strompreise

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1501 -

nach Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung aufgerufen.

Die Tagesordnungspunkte 5 und 11 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam zur Behandlung aufzurufen.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG, beantragt die Tagesordnungspunkte

5. Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1364 -

6. Sofortumsetzung des BSG-Urteils zur Pauschalierung der Kosten der Unterkunft und der Heizung

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1398 -

und

11. Fehlinformation über unzulängliche Datenbasis für die Unterkunftskosten im Sozialtransfer

- 101.16.1558 -

auf jeden Fall zur Behandlung aufzurufen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG, auf heutige Behandlung der Tagesordnungspunkte 5 betr. Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels, 101.16.1364, 6 betr. Sofortumsetzung des BSG-Urteils zur Pauschalierung der Kosten der Unterkunft und der Heizung, 101.16.1398, und 11 betr. Fehlinformation über unzulängliche Datenbasis für die Unterkunftskosten im Sozialtransfer, 101.16.1558, wird **abgelehnt**.

Tagesordnungspunkt 2 betr. Übernahme einer Bürgschaft, wird auf Antrag von Stadtverordneten Boeddinghaus von der Tagesordnung abgesetzt, da die Fraktion Kasseler Linke.ASG noch Beratungsbedarf hat.

Stadtkämmerer Dr. Barthel bittet Stadtverordneten Boeddinghaus darum die auftretenden Fragen vor der nächsten Sitzung schriftlich über den Stadtverordnetenvorsteher an das Dezernat zu richten, damit auch alle Fragen im Ausschuss beantwortet werden können.

1. stellvertretender Vorsitzender Lewandowski stellt die geänderte Tagesordnung fest.

1. Wahl einer bzw. eines Vorsitzenden

Die SPD-Fraktion schlägt für das Amt der bzw. des Vorsitzenden

Frau Stadtverordnete Petra Friedrich

vor.

Weitere Vorschläge werden nicht eingebracht.

Die Wahl wird per Handaufheben durchgeführt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen wählt Stadtverordnete Petra Friedrich zur Vorsitzenden.

Stadtverordnete Friedrich nimmt die Wahl an.

Vorsitzende Friedrich übernimmt die Sitzungsleitung.

10. Rechtliche Entflechtung („Unbundling“) Städtische Werke AG 2010

Anfrage der SPD-Fraktion

- 101.16.1557 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Bis zum Ende des kommenden Jahres soll die Entflechtung zwischen dem Netzbetrieb und den im Wettbewerb stehenden Bereichen der Städtischen Werke AG durchgeführt werden.

1. Was sind die Grundlagen für die Entflechtung?

2. Wie plant die Städtische Werke AG vorzugehen?

3. Mit welchen Folgen ist für die Städtischen Werke, deren Kunden und die Stadt Kassel zu rechnen?

Anhand einer Power-Point-Präsentation beantwortet Herr Helbig, Vorstandsvorsitzender Städtische Werke AG, gemeinsam mit Herrn Weldner, Städtische Werke AG, die Anfrage. Im Anschluss an die Präsentation verteilt er ein Handout an die Ausschussmitglieder (Anlage). Stadtkämmerer Dr. Barthel und Herr Helbig beantworten die Nachfragen der Ausschussmitglieder. Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage für erledigt.

Die Anfrage ist beantwortet.

- 8. Senkung der Strompreise**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1501 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Städtischen Werke Kassel Preissenkungen beim Strom auch an private Stromkunden weitergeben.

Stadtverordneter Dr. Behschad, CDU-Fraktion, begründet den Antrag. Stadtkämmerer Dr. Barthel verliest das Schreiben von Herrn Helbig, Vorstandsvorsitzender der Städtischen Werke AG, welches mit Protokoll der Sitzung vom 02.12.2009 am 16.12.2009 verschickt wurde. Im Rahmen der Beratung beantworten Stadtkämmerer Dr. Barthel, Oberbürgermeister Hilgen und Herr Helbig die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: CDU, FDP
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Senkung der Strompreise, 101.16.1501, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtvordneter Merz

2. Übernahme einer Bürgschaft

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1568 -

Abgesetzt

3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2009; - Liste 12/2009 -

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1571 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 12/2009 enthaltene überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung
im Ergebnishaushalt in Höhe von 160.000,00 €.“

Im Rahmen der Beratung beantwortet Frau Steinbach, Leiterin Schulverwaltungsamt, die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2009; - Liste 12/2009 -, 101.16.1571, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Behschad

4. Ordnung zur Überlassung schulischer Einrichtungen

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.1349 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Benutzungs- und Tarifordnung für die zeitweise Überlassung von schulischen Einrichtungen der Stadt Kassel zu

außerschulischen Zwecken (9.04.01) vom 10.07.2006 in Punkt 6.2.4. in Satz 2 wie folgt zu ändern:

„Die Befreiung entfällt, wenn die Vereine, Jugendorganisationen etc. durch ihre Tätigkeit einen Gewinn erzielen.“

Stadtkämmerer Dr. Barthel und Frau Steinbach, Leiterin Schulverwaltungsamt, beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder. Im Rahmen der Diskussion beantragt Stadtverordneter Frankenberger, SPD-Fraktion, heute nicht über den Antrag abzustimmen, da für seine Fraktion Beratungsbedarf besteht. Stadtverordnete Schmidt, FDP-Fraktion, erklärt sich damit einverstanden.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

5. Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1364 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt einen grundsicherungsrelevanten Mietspiegel für die Stadt Kassel zu erstellen.

Im Rahmen der Diskussion beantworten Stadtkämmerer Dr. Barthel und Herr Ruchhöft, Leiter Sozialamt, die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels, 101.16.1364, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Rönz

6. **Sofortumsetzung des BSG-Urteils zur Pauschalierung der Kosten der Unterkunft und der Heizung**

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1398 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die im Urteil des Bundessozialgerichts vom 02.07.2009 - B 14 AS 36/08 R - bestätigte Verpflichtung des Grundsicherungsträgers, wonach die laufenden Leistungen für Unterkunft und Heizung grundsätzlich in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu erbringen sind, wird sofort umgesetzt.

Die bisherige Pauschalierung der Kosten der Unterkunft wird in allen Fällen aufgehoben, in denen sie zu Leistungskürzungen führt.

Tatsächliche Leistungen werden nur dann anteilig nicht übernommen, wenn die Angemessenheit einer Kostenübernahme nach jeweiliger Prüfung im Einzelfall entsprechend den vom Bundessozialgericht und dem Hessischen Landessozialgericht vorgegebenen Kriterien nicht vorliegt.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Fraktion Kasseler Linke.ASG, begründet den Antrag.

Im Rahmen der Beratung ändert Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG, den Antrag wie folgt ab.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die im Urteil des Bundessozialgerichts vom 02.07.2009 - B 14 AS 36/08 R - bestätigte Verpflichtung des Grundsicherungsträgers, wonach die laufenden Leistungen für Unterkunft und Heizung grundsätzlich in Höhe der tatsächlichen **angemessenen** Aufwendungen zu erbringen sind, wird sofort umgesetzt.

Die bisherige Pauschalierung der Kosten der Unterkunft wird in allen Fällen aufgehoben, in denen sie zu Leistungskürzungen führt.
Tatsächliche Leistungen werden nur dann anteilig nicht übernommen, wenn die Angemessenheit einer Kostenübernahme nach jeweiliger Prüfung im Einzelfall entsprechend den vom Bundessozialgericht und dem Hessischen Landessozialgericht vorgegebenen Kriterien nicht vorliegt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Sofortumsetzung des BSG-Urteils zur Pauschalierung der Kosten der Unterkunft und der Heizung, 101.16.1398, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

- 7. Keine Gebühren für Straßenmusik**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1484 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 9. Bedingungen Ausbildungsplätze bei JAFKA**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1551 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 11. Fehlinformationen über unzulängliche Datenbasis für die
Unterkunftskosten im Sozialtransfer**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1558 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wer außer Dr. Barthel wusste im Magistrat noch, dass nicht nur primär sondern ausschließlich die ausgewerteten Mietbescheinigungen der Transferleistungsempfänger Grundlage der Berechnungen für die Beschlussvorlage waren?
2. Wer außer Dr. Barthel wusste im Magistrat noch, dass diese eingeschränkte Erhebung sich eben nicht an den Vorgaben der Rechtsprechung orientierte, die eine Auswertung nur aufgrund von Mietbescheinigungen als unzulässig ansieht?
3. Wer außer Dr. Barthel wusste im Magistrat noch, dass es sich eben nicht um "fast eine Vollerfassung" mit "qualifiziertem Datenmaterial" handelte?
4. Wer außer Dr. Barthel wusste im Magistrat noch, dass es eben nicht, wie von Herrn Ruchhöft im Ausschuss dargestellt, eine Differenzierung zwischen Angebots- und Bestandsmieten gab?
5. Wie beurteilt der Magistrat die offensichtliche Missachtung der höchstrichterlichen Rechtsprechung, dass die Auswertung der

Mietbescheinigungen als alleiniges Kriterium zur Beurteilung der "Angemessenheit" (grundsätzlich, also auch bei einer Pauschalierung) unzulässig ist?

6. Wie beurteilt der Magistrat die offensichtliche und allem Anschein nach vorsätzliche Falschinformation der Stadtverordnetenversammlung in Schrift und Wort hinsichtlich der Substanz der Datenerhebung?

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Anfrage und die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage für erledigt.

Die Anfrage ist beantwortet.

12. Erhöhung der Heizkosten wegen gestiegener Energiepreise

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1561 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

13. Wertgutachten Städtische Werke vorstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1566 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

14. Untersuchungsgegenstand Gutachten Abfallgebühren

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.16.1569 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19.10 Uhr

Petra Friedrich
Vorsitzende

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

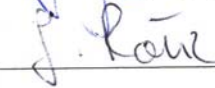
zur 48. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
Wirtschaft und Grundsatzfragen am
Mittwoch, 13.01.2010, 17.00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Georg Lewandowski, CDU
1. stellvertretender Vorsitzender



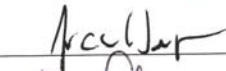
Gernot Rönz, B90 / Grüne
2. stellvertretender Vorsitzender



Anke Bergmann, SPD
Mitglied



Uwe Frankenberger, MdL, SPD
Mitglied



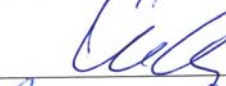
Petra Friedrich, SPD
Mitglied



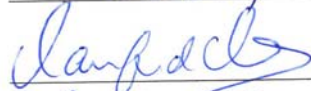
Christian Geselle, SPD
Mitglied

i. v. Cappelletti

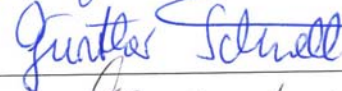
Dr. Bernd Hoppe, SPD
Mitglied



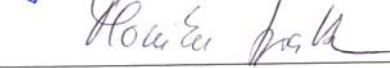
Manfred Merz, SPD
Mitglied



Dr. Günther Schnell, SPD
Mitglied



Monika Sprafke, SPD
Mitglied



Dr. Maik Behschad, CDU
Mitglied



Bernd-Peter Doose, CDU
Mitglied



Donald Strube, CDU
Mitglied

i. v. Strube

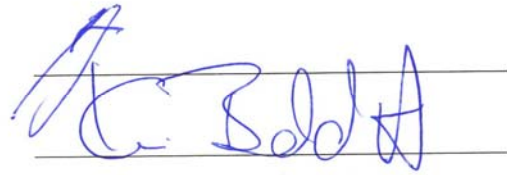
Dr. Norbert Wett, CDU
Mitglied



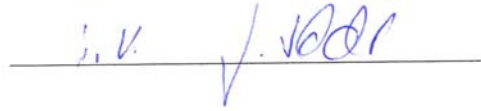
Karin Müller, MdL, B90 / Grüne
Mitglied

i. v. Müller

Karl Schöberl, B90 / Grüne
Mitglied




Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG
Mitglied



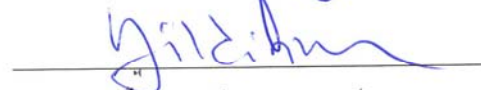
Frank Oberbrunner, FDP
Mitglied

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter



Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

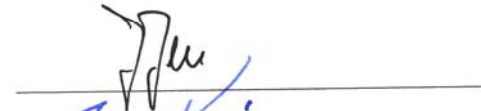


Metin Öztürk,
Vertreter des Ausländerbeirates

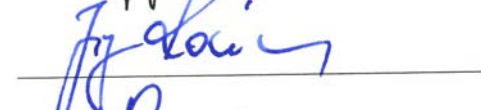


Magistrat

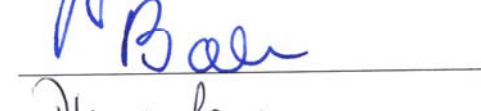
Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister



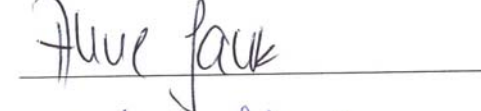
Jürgen Kaiser, SPD
Bürgermeister



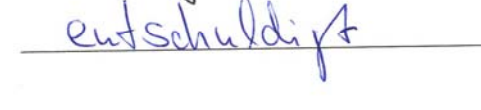
Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer



Anne Janz, B90 / Grüne
Stadträtin

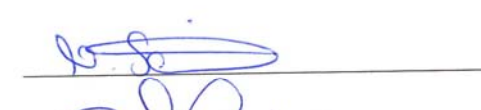


Norbert Witte, CDU
Stadtbaurat



Schriftführung

Nicole Schmidt,
Schriftführerin



Edith Schneider,
-16-



Verwaltung/Gäste

Hedderich -20-

Saube-Klinger -20-

Dreyer -20-

Wagner STW

Heldig STW

J. Bendis -11-

G. Steinbacht -40-

Rudhoff 50-

Haller -70-

Übernahme einer Bürgschaft

Berichterstatter/-in: Stadtkämmerer Dr. Barthel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Übernahme einer Bürgschaft in Höhe von 4.850.400 € (= 80 % von 6.063.000 €) für ein von der Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH aufzunehmendes Darlehen zur Finanzierung des Anbaus für das Kongress Palais sowie dem Aufbau des Parkhauses Kattenstraße zu.“

Begründung:

Die Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH teilt mit Schreiben vom 24.11.2009 mit, dass beabsichtigt ist, ein Darlehen in Höhe von 6.063.000 € aufzunehmen, das durch eine Bürgschaft der Stadt Kassel gesichert werden soll.

Das Darlehen dient der Finanzierung des Anbaus des Kongress Palais und des Aufbaus des Parkhauses Kattenstraße. Die Maßnahme wurde am 22.10.2009 von den Aufsichtsräten der Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH und Kassel Tourist GmbH beschlossen

Die Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH beantragt die Erklärung der Stadt Kassel zur Übernahme dieser Bürgschaft.

Entsprechend der Bürgschaftsregelung der Stadt Kassel vom 17.09.2007 ist die Verbürgung von 80 % der Darlehenssumme = 4.850.400 € möglich. Für die Übernahme der Bürgschaft ist ein Bürgschaftsrisikobeitrag zu zahlen.

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 07.12.2009 beschlossen.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

Vorlage-Nr. 101.16.1571

Kassel, 06.01.2010

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2009; - Liste 12/2009 -

Berichterstatter/-in: Stadtkämmerer Dr. Barthel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 12/2009 enthaltene überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung
im Ergebnishaushalt in Höhe von 160.000,00 €.“

Begründung:

Die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung bzgl. der Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen ergibt sich aus den am 15.05.2006 beschlossenen „Richtlinien über die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen“. Danach obliegt die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung

- bei Bewilligungen über 50.000 € je Einzelfall
- unabhängig von Wertgrenzen (Einzelbewilligung > 50.000 €) auch dann, wenn
 - nicht zweckgebundene Mehreinnahmen zur Deckung verwendet werden müssen
 - Verpflichtungen für zukünftige Haushaltsjahre eingegangen werden
 - Einzelmaßnahmen betroffen sind, die sich auf mehrere Haushaltsjahre auswirken und eine dieser Maßnahmen 50.000 € bzw. in Fällen, die keinen Aufschub dulden, 100.000 € übersteigt
 - ein Zuschuss an Dritte gezahlt werden soll

Die beantragte Mehraufwendung/-auszahlung und die Deckungsvorschläge sind auf der Rückseite des Einzelantrages begründet.

Die beantragte Mehraufwendung/-auszahlung hat keine Auswirkungen auf den Fehlbedarf des Ergebnishaushaltes.

Der Magistrat wird die Vorlage in seiner Sitzung am 11.01.10 beraten.

Jürgen Kaiser
Bürgermeister

Zusammenstellung von Einzelanträgen auf Bewilligung
über - und außerplanmäßiger Aufwendungen bzw. Auszahlungen

hier: Liste 12/2009

1. Ergebnishaushalt

Nr.	Dez.	Empfangende Seite				Deckende Seite			
		KST	SK	Invest.-Nr.	Betrag	KST	SK	Invest.-Nr.	Betrag
1	-V-	400 00 802	721 210 000		160.000,00	400 00 002	548 200 100		90.000,00
						400 00 001	617 921 000		20.000,00
						400 00 004	617 921 000		50.000,00
					160.000,00				

- V - / - 40 -
Dezernat/Amt

Kämmerei und Steuern

ING. 23. DEZ. 2009

Kassel, 22.12.2009
Sachbearbeiter/in: Herr Welz
Telefon: 40 09

Antrag auf Bewilligung einer über-/außerplanmäßigen Aufwendung oder Auszahlung

gem. § 114 g Abs. 1 HGO gem. § 70 Abs. 3 i. V. m. § 114 g Abs. 1 Satz 2 HGO

Haushaltsjahr	2009	
Teil-HH.(Nr./Bez.)	40001 Schulverwaltungsamt/Sonstige schulische Aufgaben	
Sachkonto	721 210 000 Schülerbeförderungskosten	
Kostenstelle	400 00 802	
Investitions-Nr.		
Verfügbare Mittel (= Haushaltsansatz ./ Sperrungen + bisherige Bewilligungen)		1.305.000,00 €
Davon bereits verplant		1.305.000,00 €
Beantragte über-/außerplanmäßige Mittel *		160.000,00 €

Deckung

(Weniger aufwendungen/-auszahlungen oder Mehrerträge/-einzahlungen; Mehrerträge/-einzahlungen im Ergebnishaushalt ausschließlich zweckgebunden)

Teil-HH.(Nr./Bez.)	40003 Gymnasien	
Sachkonto	548 200 100 (Gastschulbeiträge nach dem Hessischen Schulgesetz)	90.000,00 €
Kostenstelle	400 00 002	
Investitions-Nr.		
Teil-HH.(Nr./Bez.)	40002 Grund-, Haupt- Realschulzüge	
Sachkonto	617 921 000 (Beköstigung)	20.000,00 €
Kostenstelle	400 00 001	
Investitions-Nr.		
Teil-HH.(Nr./Bez.)	40006 Gesamtschulen	
Sachkonto	617 921 000 (Beköstigung)	50.000,00 €
Kostenstelle	400 00 004	
Investitions-Nr.		
Deckungsmittel insgesamt *		160.000,00 €

* Beträge müssen übereinstimmen!

Eingehende Begründung**1. der Mehraufwendung/-auszahlung**

Bei der Schülerbeförderung sind im Laufe des Jahres 2009 Mehraufwendungen in Höhe von 160.000,00 € entstanden.
Gegenüber der bisherigen Planung und Kostenschätzung wird die Finanzierung von Mehrkosten erforderlich für:
Erhöhte Ausgabe von Schülerjahreskarten zum Schuljahrsbeginn 2009/2010,
Finanzierung der Schlussrechnung für Schülerjahreskarten aus dem Schuljahr 2008/2009 im Sommer 2009,
Mehrkosten für Fahrdienste durch erheblich gestiegene Kilometerleistungen und für Leistungen die in 2009 erbracht, jedoch erst im Jahr 2010 abgerechnet werden.
Um überplanmäßige Bereitstellung von 160.000,00 Euro wird gebeten.

2. des Deckungsvorschlages

Bei den Gastschulbeiträgen sind Mehreinnahmen erwirtschaftet worden, diese können in Höhe von 90.000,00 Euro zur Deckung der Mehraufwendungen bei der Schülerbeförderung herangezogen werden. Zudem können Mittel in Höhe von 70.000,00 Euro aus dem Sachkonto für Beköstigung zur Deckung eingesetzt werden. Die Aufwendungen für Beköstigung unterliegen starken Schwankungen und können nicht exakt geplant werden.



Unterschrift der Amtsleitung (ggf. Abzeichnung des Dezernenten/der Dezernentin)

Mitzeichnung beteiligter Ämter

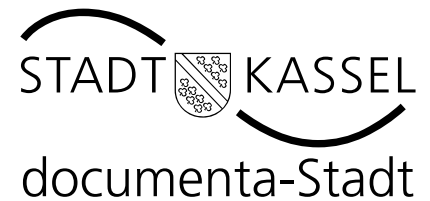
Entscheidung:

- Die vorstehend beantragten Mittel und der Deckungsvorschlag werden genehmigt.
 Der Antrag wird abgelehnt.

.....
Datum/Unterschrift



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung



Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 3310
Telefax 0561 787 3312
E-Mail
info@fdp-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.1349

Kassel, 29.05.2009

Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 10.02.2010 zurückgezogen

Ordnung zur Überlassung schulischer Einrichtungen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Benutzungs- und Tarifordnung für die zeitweise Überlassung von schulischen Einrichtungen der Stadt Kassel zu außerschulischen Zwecken (9.04.01) vom 10.07.2006 in Punkt 6.2.4. in Satz 2 wie folgt zu ändern:

„Die Befreiung entfällt, wenn die Vereine, Jugendorganisationen etc. durch ihre Tätigkeit einen Gewinn erzielen.“

Begründung:

In der derzeitigen Fassung lautet der Satz: „Die Befreiung entfällt, wenn ein Eintrittsgeld bzw. Teilnehmergebühren erhoben werden.“

Damit werden auch Vereine etc. erfasst, die zwar für die Präsentation ihrer Arbeit eine Eintrittsgebühr verlangen, diese jedoch so gering ist, dass nur die eigenen Kosten gedeckt werden können. Dies wird durch eine Anknüpfung an die Gewinnorientiertheit vermieden. Auf diese Art und Weise wird zudem der derzeit bestehende Widerspruch mit Punkt 6.2.4., lit. e) beseitigt, in dem bereits Veranstaltungen ohne kommerziellen Charakter genannt sind.

Berichterstatter: Stadtverordneter Oberbrunner

gez. Frank Oberbrunner
Fraktionsvorsitzender

Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt einen grundsicherungsrelevanten
Mietspiegel für die Stadt Kassel zu erstellen.

Begründung:

Viele Gründe, die gegen einen Mietspiegel für Kassel sprechen, z. B. dass Eigentümer auf seiner Grundlage die Mieten angleichen und damit anheben würden, treffen auf einen grundsicherungsrelevanten Mietspiegel nicht zu. Stattdessen dient er als reale Grundlage für die Berechnung der wirklichen angemessenen Kosten der Unterkunft, die bisher fehlt oder umständlich und nicht nachvollziehbar aus verschiedenen Datenquellen zusammen getragen werden muss. Die Kosten der Erstellung sind ebenfalls nicht zu hoch für das, was damit erreicht werden könnte: eine gerechte Übernahme der Kosten der Unterkunft für Transferleistungsbeziehende.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Gaß

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.16.1398

Kassel, 06.08.2009

**Sofortumsetzung des BSG-Urteils zur Pauschalierung der Kosten der
Unterkunft und der Heizung**

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die im Urteil des Bundessozialgerichts vom 02.07.2009 - B 14 AS 36/08 R - bestätigte Verpflichtung des Grundsicherungsträgers, wonach die laufenden Leistungen für Unterkunft und Heizung grundsätzlich in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu erbringen sind, wird sofort umgesetzt.

Die bisherige Pauschalierung der Kosten der Unterkunft wird in allen Fällen aufgehoben, in denen sie zu Leistungskürzungen führt.

Tatsächliche Leistungen werden nur dann anteilig nicht übernommen, wenn die Angemessenheit einer Kostenübernahme nach jeweiliger Prüfung im Einzelfall entsprechend den vom Bundessozialgericht und dem Hessischen Landessozialgericht vorgegebenen Kriterien nicht vorliegt.

Begründung:

Die Begründung dieses Urteils liegt inzwischen vor, so dass für die Grundsicherungsträger erkenntlich ist, welche zwingenden Folgerungen daraus gezogen werden und welche Dienstanweisungen geändert werden müssen. Die bisherige unsoziale und rechtsfehlerhafte Praxis der Pauschalierung muss sofort eingestellt werden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

gez. Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Vorlage Nr. 101.16.1484

Keine Gebühren für Straßenmusik

Geänderter Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Kassel verzichtet auf die Ausstellung von Sondernutzungsgenehmigungen **und Erhebung von Gebühren für Kleinkunst und Straßenmusik.**
Die Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) wird entsprechend geändert. Die Gebühren zu den Ziffern 4.11 und 4.12 der Gebührengruppe IV werden gestrichen.

Begründung:

Der Hessenschau vom 14.10.2009 konnte man entnehmen, dass die Stadt Kassel für das Musizieren auf öffentlichen Straßen und Plätzen Sondernutzungsgenehmigungen ausstellt, die für die betroffenen Musikerinnen und Musiker gebührenpflichtig sind (5,00 bzw. 15,00 EUR). Straßenmusik ist eine kulturelle Bereicherung und Belebung der Stadt. Das gleiche gilt für die Kleinkunst. Eine „Qualitätskontrolle“ darf nicht über die Gebührenerhebung erfolgen. In einer Gesellschaft mit hoher Arbeitslosigkeit ist es ein Ausdruck besonderer sozialer Kälte, bei Menschen, die sich auch mit Straßenmusik durchschlagen, mit Gebührenerhebungen Kasse machen zu wollen. Für eine weltoffene Kulturstadt Kassel ist ein entspannter Umgang mit Kleinkunst und Musik verpflichtend.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.16.1501

Kassel, 26.10.2009

Senkung der Strompreise

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Städtischen Werke Kassel Preissenkungen beim Strom auch an private Stromkunden weitergeben.

Begründung:

Dass Strompreissenkungen nicht an den privaten Endverbraucher weitergegeben werden, während laut statistischem Bundesamt bei Weiterverteilern der Strompreis um 19,3 Prozent und bei Großkunden um 8,5 Prozent gesunken sei, ist nicht nachvollziehbar. Ziel muss sein, dass auch private Endverbraucher in Kassel von sinkenden Strompreisen profitieren könnten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Behschad

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Bedingungen Ausbildungsplätze bei JAFKA

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Der Kämmerer hat erklärt, dass wegen der Art der Finanzierung der
Ausbildungsplätze bei JAFKA lediglich junge Menschen mit dem ersten Wohnsitz in
Kassel für diese Ausbildungsplätze in Frage kommen.

Wir fragen den Magistrat:


1. Wie viele Bewerbungen sind in den letzten 3 Jahren zurückgewiesen
worden, weil die Bewerber/innen mit erstem Wohnsitz nicht im Stadtgebiet
Kassel ansässig waren?
2. Wie viele Menschen mussten ihre Ausbildung bei JAFKA abbrechen, weil sie
während der Ausbildungszeit aus dem Stadtgebiet weggezogen sind?
3. Gibt es ähnliche Zugangsbeschränkungen auf Ausbildungsplätze auch für
junge Menschen aus Kassel, die sich bei den Umlandgemeinden oder im
Landkreis bewerben?
4. Wie beurteilt der Magistrat solche Zugangsbeschränkungen auf dem
Hintergrund der Bemühungen um die Entwicklung der "Region Kassel"?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

STADT  KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1284 / 1285
E-Mail buero@spd-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.1557

Kassel, 15.12.2009

Rechtliche Entflechtung („Unbundling“) Städtische Werke AG 2010

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Wir fragen den Magistrat:

Bis zum Ende des kommenden Jahres soll die Entflechtung zwischen dem
Netzbetrieb und den im Wettbewerb stehenden Bereichen der Städtischen
Werke AG durchgeführt werden.

1. Was sind die Grundlagen für die Entflechtung?
2. Wie plant die Städtische Werke AG vorzugehen?
3. Mit welchen Folgen ist für die Städtischen Werke, deren Kunden und die
Stadt Kassel zu rechnen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Geselle

gez. Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender

Fehlinformationen über unzulängliche Datenbasis für die Unterkunftskosten im Sozialtransfer

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

In der Begründung der Magistratsvorlage 101.16.1318 erläutert der Magistrat die Grundlage der Datenerhebung, die wiederum Grundlage der Erarbeitung dieser Beschlussvorlage war.

Dort heißt es, dass die "umfangreichen Erhebungen" "primär durch Auswertung aktueller Mietbescheinigungen" erfolgte.

In der Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 27.05.2009 erklärte Herr Dr. Barthel, die "Erfassung" der Daten sei "erstaunlich" "breit" "abgelegt" worden und ergänzte "fast eine Vollerfassung".

In diesem Zusammenhang wies Herr Dr. Barthel auch ausdrücklich auf den von den Gerichten geforderten Nachweis von "qualifiziertem Datenmaterial" hin.

Herr Ruchhöft führte im Auftrag des Magistrates aus:

„...diese ganze Festlegung und der Vorschlag der Ihnen vorliegt - sondern wir haben uns an der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes orientiert, die für die Erhebung der Daten im Wohnungsmarkt klare Vorgaben gemacht hat.

Indem nämlich festgestellt wird, dass also die Miettabellen der Bundesgesellschaften herbei gezogen werden können, dass es bestimmte Angaben dann geben muss, dass es eine Differenzierung zwischen Bestands- und Angebotsmieten geben muss, dass die Datenquellen und Erhebungsverfahren überprüfbar sein müssen.“

Mit Schreiben vom 25.09.2009 hat Herr Dr. Barthel auf Anfrage des Stadtverordneten Boeddinghaus demgegenüber erklärt:

„(...) war die Datengrundlage für die Anpassung der Kosten der Unterkunft im Rechtskreis

SGB II und SGB X(II) die Erfassung und Auswertung der Mietbescheinigungen, die von den Leistungsempfängern/innen vorgelegt wurden. (.....)

Aus diesen Gründen basieren die umfangreichen Berechnungen als Grundlage für die o. g. Beschlussvorlage auf den ausgewerteten Mietbescheinigungen (...).“

Ganz offensichtlich wurden die Stadtverordneten hinsichtlich der Datenerhebung im Zusammenhang mit der Beschlussfassung der Vorlage 101.16.1318 vorsätzlich falsch informiert.

Wir fragen den Magistrat:


1. Wer außer Dr. Barthel wusste im Magistrat noch, dass nicht nur primär sondern ausschließlich die ausgewerteten Mietbescheinigungen der Transferleistungsempfänger Grundlage der Berechnungen für die Beschlussvorlage waren?
2. Wer außer Dr. Barthel wusste im Magistrat noch, dass diese eingeschränkte Erhebung sich eben nicht an den Vorgaben der Rechtsprechung orientierte, die eine Auswertung nur aufgrund von Mietbescheinigungen als unzulässig ansieht?
3. Wer außer Dr. Barthel wusste im Magistrat noch, dass es sich eben nicht um "fast eine Vollerfassung" mit "qualifiziertem Datenmaterial" handelte?
4. Wer außer Dr. Barthel wusste im Magistrat noch, dass es eben nicht, wie von Herrn Ruchhöft im Ausschuss dargestellt, eine Differenzierung zwischen Angebots- und Bestandsmieten gab?
5. Wie beurteilt der Magistrat die offensichtliche Missachtung der höchstrichterlichen Rechtsprechung, dass die Auswertung der Mietbescheinigungen als alleiniges Kriterium zur Beurteilung der "Angemessenheit" (grundsätzlich, also auch bei einer Pauschalierung) unzulässig ist?
6. Wie beurteilt der Magistrat die offensichtliche und allem Anschein nach vorsätzliche Falschinformation der Stadtverordnetenversammlung in Schrift und Wort hinsichtlich der Substanz der Datenerhebung?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE.ASG

STADT  KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
E-Mail
fraktion@Kasseler-Linke-ASG.net

Vorlage Nr. 101.16.1561

Kassel, 15.12.2009

Erhöhung der Heizkosten wegen gestiegener Energiepreise

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Ab 1.1. 2010 werden die Heizkostenzahlungen an die Empfänger von
Transferleistungen nach SGB II und XII wegen der angekündigten
Energiepreiserhöhungen erhöht.

Begründung:


Zum 1.1.2010 haben die Städtischen Werke wie auch verschiedene andere
Energieversorger steigende Preise für die Gasversorgung angekündigt. Der Ölpreis ist
gegenüber dem Ende 2008 um mehr als 20 % gestiegen.
Viele ALG II Bedarfsgemeinschaften werden rechtswidrig pauschaliert. Mit der nicht
vorgenommenen Berücksichtigung der Energiepreiserhöhungen in den Pauschalen
wird eine weitere der Minimalanforderungen nicht beachtet.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE.ASG

STADT  KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
E-Mail
fraktion@Kasseler-Linke-ASG.net

Vorlage Nr. 101.16.1566

Kassel, 22.12.2009

Wertgutachten Städtische Werke vorstellen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, das Ergebnis des mit Vattenfall durchgeführten Bewertungsverfahrens über den Wert des von Vattenfall gehaltenen 24,9 % - Anteils an den Städtischen Werken im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen im Februar 2010 vorzustellen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.16.1569

Kassel, 15.12.2009

Untersuchungsgegenstand Gutachten Abfallgebühren

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Wir fragen den Magistrat:

1. Bis wann wird die Erstellung des Gutachtens zur Abfallgebührensituation beauftragt worden sein?
2. Wann soll das Gutachten fertig gestellt sein?
3. Welche Untersuchungsgegenstände werden konkret und im Einzelnen beauftragt werden?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Norbert Wett

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

